

Platz zwei auf dem Freiheitsindex

Im Ranking von Avenir Suisse schneidet Liechtenstein vor allem wegen der niedrigen Steuerbelastung gut ab.

Valeska Blank

Die liberale Schweizer Denkfabrik Avenir Suisse ermittelt jährlich, in welchem Kanton die Einwohnerinnen und Einwohner «am freiesten» leben können. So auch dieses Jahr: Insgesamt 29 Indikatoren wurden ausgewertet, um herauszufinden, wie liberal die einzelnen kantonalen Gesetzgebungen im Jahr 2024 ausgestaltet sind. Sie geben Aufschluss über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Freiheiten.

Liechtenstein wurde 2020 erstmals in den Vergleich aufgenommen. Damals schaffte es das Land auf Anhieb auf den Spitzenrang. Dieses Jahr schaut für Liechtenstein der zweite Platz heraus, nachdem es 2023 vom Siegerpodest gefallen war.

Die Stiftung Zukunft.li hat die Daten für den aktuellen Freiheitsindex erhoben. Sie zeigen: Nur der Kanton Aargau schneidet im Freiheitsindex 2024 besser ab als Liechtenstein. Punkten könne das Land vor allem bei den steuerbezogenen Indikatoren, schreibt die Stiftung Zukunft.li – für die niedrige Steuerbelastung habe man «gute Noten» erhalten. Auch für die hohe Bonität – sprich die Zahlungsfähigkeit und die Kreditwürdigkeit – sowie die geringe Zahl an Beschäftigten im öffentlichen Sektor hat Liechtenstein Punkte eingeheimst.

Dennoch gibt es auch Kritik fürs Land. Ein negativer Punkt ist gemäss dem Freiheitsindex der fehlende Steuerabzug für die externe Kinderbetreuung. Ausserdem kenne das Land keine

Regulierungsfolgenabschätzung, während knapp die Hälfte der Schweizer Kantone eine solche eingeführt hat. Dabei handelt es sich um ein Instrument zur Untersuchung und Darstellung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Vorlagen des Bundes.

Ausländer haben geringe politische Rechte

Bei den gesellschaftlichen Indikatoren sticht hingegen die geringe Dauer zur Erteilung einer Baubewilligung im Vergleich mit den Schweizer Kantonen hervor. Einen Spitzenplatz nimmt Liechtenstein auch bei der öffentlichen Sicherheit ein. Hinwiederum Schwächen zeigt Liechtenstein bei der Behandlung von Ausländerinnen und Ausländern, die laut der Erhebung ver-

gleichsweise geringe politische Rechte haben. Auch die Wohnsitzfristen bei Einbürgerungen seien relativ lang.

Unterschiede zur Schweiz zeigen sich auch bei der Kirchensteuer: In dieser Frage geht Liechtenstein weiter als viele katholische Schweizer Kantone. Zwar kennt das Land keine obligatorische Kirchensteuer für Unternehmen, die katholische Kirche wird aber aus dem allgemeinen Steuertopf finanziert.

Im vergangenen Jahr hatte noch der relativ schwache Ausgleichsmechanismus bei der kalten Progression das Liechtensteiner Ergebnis belastet. Liechtenstein hat sich in dieser Hinsicht verbessert und gleicht die kalte Progression nun bei einem geringeren Inflationswert als früher aus.